Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 40 (1960-1961)
Heft: 8

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

RUNDSCHAU

CHRUSCHTSCHEWS BELAGERUNG DER VEREINIGTEN NATIONEN

Der langmütige Diplomat *Frederick Boland*, Präsident der 15. Herbstsession der Generalversammlung der UN, zerschlug den Hammer auf seinem Pult und hob die Sitzung auf, weil der rumänische Chefdelegierte zu einem persönlichen Angriff gegen ihn übergegangen war. Chruschtschew brachte diese Zerschlagung des Präsidialhammers mit der Zerstörung der UN in Zusammenhang. Als der große *Zerstörer der Weltorganisation* aber war der sowjetische Regierungs- und Parteichef in New York angetreten. Ein Sperrfeuer kommunistischer Propaganda, Diffamierung und von Drohungen, die zum Tumult gesteigert wurden, verdrängte jeden Ansatz sachlicher Beratung. Die ersten dreieinhalb Wochen der Generalversammlung standen im Zeichen eines auf sein Pult trommelnden oder gar seinen Halbschuh schwingenden Chruschtschew. Politiker, Diplomaten und Journalisten atmeten auf nach seiner Abreise — doch nach dem Abzug des Belagerers gilt es, den Umfang der Schäden abzuschätzen.

Streit um die Traktanden

Indem Chruschtschew zusammen mit Führern seiner Satellitenstaaten nach New York fuhr, vermochte er die Generalversammlung in eine *Gipfelkonferenz* von Regierungschefs zu verwandeln. Sie blieb allerdings eine falsche Gipfelkonferenz, weil ein West-Ost-Gespräch nicht zustande kam. Im Augenblick, da mehr als ein Dutzend neuer Staaten Afrikas Aufnahme in die UN fanden, wollte sich Chruschtschew als Vorkämpfer des Antikolonialismus und einer allgemeinen Abrüstung präsentieren. Doch mehr als eine Schaustellung war geplant: *Hammarskjöld* als Initiant und Leiter der UN-Mission im Kongo sollte zur Demission gezwungen werden. Künftig sollten solche Aktionen, wie die Intervention im Kongo, die sowjetische Vorhaben durchkreuzten und störten, verhindert werden. Mit einem *Dreiersekretariat*, in dem der kommunistische Vertreter jederzeit den westlichen oder den neutralistischen Vertreter blockieren könnte, ließe sich die Paralysierung der UN vervollkommnen. Diese Vorschläge Moskaus wurden in einem hemmungslosen, rücksichtslosen Frontalangriff gegen den Westen und gegen Hammarskjöld vorgetragen.

In den Kämpfen der Generalversammlung ging es bisher vor allem darum, ob bestimmte Fragen auf die *Traktandenliste* gesetzt würden oder nicht. So wurde der Sowjetantrag über die endgültige Abschaffung der *Kolonialherrschaft* auf die Liste der Geschäfte genommen. Die Westmächte, die sich zuerst dagegen gewandt hatten, stimmten nach Zögern schließlich dafür. Es kam zu einem ungeordneten Rückzug, der verriet, wie schwach die Führung der USA besonders in diesen Wochen des amerikanischen Wahlkampfes ist und wie schlecht vorbereitet und ungenügend koordiniert die freie Welt in die Debatten ging — der amerikanische Delegierte Wilcox, der vorübergehend den erkrankten Wadsworth vertrat, verpaßte sogar den erneuten Hinweis auf den Kolonialismus im Sowjetimperium.

Washington buchte dagegen die Ablehnung einer Aufnahme *Rotchinas* in die UN als Erfolg. Dabei war der Sieg sehr knapp; die Mehrheit ist auf 8 Stimmen zusammengeschrumpft. Wenn viele der Communauté angehörende afrikanische Staaten sich nicht der Stimme enthalten hätten, wären die Befürworter des Antrags wohl siegreich gewesen. Mit großer Mehrheit wurde dagegen der Antrag Chruschtschews über die «aggressiven Akte der USA» abgelehnt; der U-2- und der RB-47-Zwischenfall dienen Moskau noch immer als Beweisstück für die angeblichen kriegstreiberischen Pläne der USA.

Bilanz der ersten Wochen

Optimistische und pessimistische Kommentare stehen sich nach der Abreise Chruschtschews gegenüber; doch Niederlagen und Siege Moskaus und des Westens werden dabei gleicherweise überbewertet. Chruschtschew ist es nicht gelungen, die Demission *Hammarskjölds* zu erzwingen, der mit Mut und Entschiedenheit die Angriffe und perfiden Anschuldigungen zurückwies. Auch die Reorganisation des Generalsekretariats, gedacht als Errichtung eines Triumvirats, hat im Augenblick keine Chancen. Dasselbe gilt für die Abrüstungspropaganda des Sowjetdiktators. Vor allem haben sich die afrikanischen und asiatischen Staaten hinter den Generalsekretär gestellt, bei dem sie ihre Interessen zur Zeit in guten Händen wissen. Das Randalieren des Sowjetdiktators hat außerdem über die amerikanische Öffentlichkeit hinaus die kommunistische Intransigenz enthüllt und manche Illusion endgültig zerstört.

Die erste Attacke Chruschtschews ist abgeschlagen worden; aber die Vehemenz verrät, daß die *Offensive weiter gehen wird*, und zwar unter Verwendung schärfster Propaganda, die Hammarskjöld und seinen Stab diskreditieren und diffamieren soll. Das anonyme Fußvolk der Agitatoren wird in New York und in den neuen Hauptstädten Afrikas und Asiens eingesetzt; Chruschtschew nahm in gewohnter Betriebsamkeit mit allen neutralistischen Führern in New York persönlich Fühlung auf. In den UN, die mit ihren 99 Mitgliedstaaten nun noch handlungs- und entschlußunfähiger werden, können Obstruktion und Verwirrungsmanöver zudem den Betrieb lähmen.

Die *Westmächte* ließen es auch bedenklich an Initiative fehlen, obwohl in manchen Fällen die Zurückhaltung sehr klug war. Macmillan vertrat in staatsmännischer Weise in seiner großen Rede den Standpunkt des Westens. Dem amerikanischen Chefdelegierten Wadsworth, der Cabot Lodge abgelöst hat, fehlt aber die energische Schlagfertigkeit seines Vorgängers — die Paralysierung der amerikanischen Außenpolitik durch den Wahlkampf wirkt sich auch im Glashaus von Manhattan aus. Außerdem steht *Frankreich* noch immer abseits. De Gaulle hat sich sarkastisch über den Betrieb in den UN geäußert. Doch der mit dem Algerienkrieg belastete Staat verschärft damit seine Isolierung und schwächt die westliche Allianz in Europa und die eigene Position in Afrika.

Die Haltung der Neutralisten

Mit Spannung sind die Aktionen des asiatisch-afrikanischen Blocks, der großen Zuzug erhalten hat, verfolgt worden. Fünf neutralistische Führer, nämlich *Nehru*, *Nasser*, *Sukarno*, *Tito* und *Nkrumah*, forderten in einem Resolutionsantrag ein Zusammentreffen Eisenhower-Chruschtschew. Nachdem der namentliche Hinweis auf die beiden Protagonisten im Ost-West-Konflikt mit knapper Mehrheit gestrichen worden war, zog Nehru den Antrag zurück. Die Neutralisten setzten sich mit ihrem Vorstoß, der eigentlich im Sinne Chruschtschews eine Aufforderung an Eisenhower war, über die realen Voraussetzungen hinweg. Deshalb konnte ein Brükkenschlag nicht zustande kommen. Solange Chruschtschew den kalten Krieg so heftig schürt, sind auch den Aktionen des neutralistischen Zwischenblocks enge Grenzen gesetzt.

Der Präsident von Guinea, *Sékou Touré*, dessen prosowjetische Sympathien bekannt sind, wandte sich gegen die Propaganda der kommunistischen Delegierten. Auch Tito und Sukarno gaben ihrer Enttäuschung über den Verlauf der Tagung Ausdruck. Insbesondere schienen Delegierte kleinerer Staaten Afrikas durch Chruschtschews hemmungsloses Gebaren überrascht und abgestoßen; sie setzen große Hoffnungen auf die UN, in deren Generalversammlung bei Abstimmungen ihre Stimme wie die einer Großmacht zählt. Zudem wollen sie den kalten Krieg im Interesse der Entwicklung des Landes von ihrem Boden fernhalten. Freilich machen sich manche anderseits zu Nutznießern der Spannung zwischen Ost und West. Der außenpolitische Kurs der jungen Nationen ist noch unsicher; ihr Weg in den UN bleibt bei aller Bedrohung und Lockung durch Moskau vorderhand offen. Die Schocktaktik Chruschtschews besticht sie im Augenblick nicht —

wird sie aber auf die Dauer nicht wirkungsvoller sein als das gediegene Maß Macmillans?

Nigeria und Kongo

Als 99. Land wurde Nigeria in die UN aufgenommen, nachdem in der nigerianischen Föderation am 1. Oktober die *Unabhängigkeit* proklamiert worden war. Das volksreichste Land des schwarzen Afrikas mit 35 Millionen Einwohnern wird in der künftigen Politik des Kontinents eine wichtige Rolle spielen. Großbritannien führte im Laufe eines halben Jahrhunderts die Stämme und Völkerschaften Nigerias zur Selbstverwaltung heran. Eine Schicht eingeborener Führer, die schon seit Jahren an der Verwaltung und politischen Führung des Landes beteiligt ist, hat nun die volle Verantwortung übernommen. Obwohl die Einheit des Landes durch die Spannung zwischen den drei Regionen der Föderation gefährdet ist, erwarten zuversichtliche Kenner, daß Nigeria über die Landesgrenzen hinaus als stabilisierender Faktor im gärenden Afrika wirken wird.

Als Exempel eines Staates in vollständiger Auflösung und Anarchie haben die nigerianischen Führer den *Kongo* vor Augen. Die Ruhe in weiten Teilen des Landes ist nicht einer wahren Wiederherstellung der Ordnung gleichzusetzen. Oberst *Mobutus* Autorität bleibt gefährdet, obwohl er sich mit dem Katanga verständigt hat. *Lumumba*, der in seiner Residenz durch ghanesische UN-Truppen vor einer Verhaftung durch Mobutu geschützt wird, ist noch immer der Mann, der neue Komplikationen und Unruhen auslösen könnte.

Im Oktober fiel auch in *Südafrika* ein Entscheid, der als letzte Schlacht des Burenkrieges, als Ohm Krügers später Sieg gelten mag: Eine knappe Mehrheit der weißen Bevölkerung stimmte der *Errichtung einer Republik* und der Loslösung von der britischen Krone zu. Die Buren haben über die Briten gesiegt — angesichts des Umbruchs in Afrika, wo die eingeborenen Schwarzen die Herrschaft antreten, stellt sich dieses Schauspiel weißer Entzweiung als bitterer Anachronismus dar.

Berlin als Barometer

Berlin ist ein Barometer für die Ost-West-Spannung geblieben. Bonn reagierte auf die Unterhöhlung des Viermächtestatus, die Sperren für Bürger der Bundesrepublik an der Grenze zwischen West- und Ostberlin, endlich mit Gegenmaßnahmen. Das *Abkommen über den Interzonenhandel* zwischen Bonn und Pankow ist auf den Dezember hin gekündigt worden. Bonn rechnet mit der Solidarität seiner Alliierten und der Neutralen: die Sanktionen gegen Ulbricht können nur dann erfolgreich sein, wenn sich kein westliches Land als neuer Partner einschaltet, um die Lücken zu füllen, die im Warenaustausch der DDR entstehen werden.

Der *Westberliner Senat* hat zudem die Bildung einer *Bürgermiliz* aus jungen Kräften der Bürgerschaft beschlossen; sie soll als Polizeireserve den Schutz gegen Putsch- und Störversuche der kommunistischen SED verstärken.

Während das Welttheater der UN auf Manhattan die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit besaß, ließ auch in anderen Gefahrenzonen die Spannung nicht nach. In *Laos* dauert die Auseinandersetzung zwischen prowestlichen und kommunistischen Kräften an. In *Japan* verschärfte sich erneut der Gegensatz zwischen sozialistischer Opposition und Regierung: Ein rechtsextremistischer Student ermordete den *Sozialistenführer Asanuma* während einer Kundgebung, der auch Führer anderer Parteien beiwohnten. Der Anschlag auf Asanuma, dessen antiamerikanische Äußerungen in Peking vor kurzem Aufsehen erregt hatten, wird nun von den Linksextremisten ausgenutzt, um den Kampf gegen die Regierung Ikeda zu intensivieren. Auf *Kuba* dekretierte *Fidel Castro* die Enteignung des gesamten *Immobilienbesitzes* — der Prozeß nach kommunistischer Vorlage läuft weiter. Amerikanische Staatsbürger, die sich unter den Guerillas befanden, wurden hingerichtet. Ob Castro in New York durch Chruschtschew zum beschleunigten Tempo ermuntert wurde? Dann könnten die New Yorker Begegnungen Chruschtschews auch an anderen Orten bittere Früchte tragen. ***Picus***

Die Generaldebatte in der Vollversammlung der Vereinigten Nationen in New York ist zu Ende, und man kann eine Bilanz dieser — sagen wir — von vornherein traurigen Session der UN ziehen. Chruschtschew hat mit seinem Satellitengefolge die Fundamente des einst mit so vielen Hoffnungen errichteten Weltparlamentes erschüttert. Äußerlich hat sich hier am East River nichts verändert. Die Riesenschachtel mit ihren tausend Büros ragt stolz in den amerikanischen Himmel, und das flache Gebäude mit den Konferenzsälen bietet den gewohnten Anblick. Aber die innere Sicherheit, die ruhige Atmosphäre, die in den vorangegangenen Jahren nur vorübergehend von kurzen Stürmen geplagt war, ist merklich anders geworden. Nachdenklich erinnern sich die Beamten dieser höchsten internationalen Körperschaft der September- und Oktobertage dieses Jahres, in denen ein neuer Stil in die Debatten orkanartig von dem roten Zar aus dem Kreml hineingetragen wurde. Es ist ein Stil der Zerstörung, der Negativität, des Klassenkampfes, wie er bisher nur in den Scheinparlamenten und in den Konferenzsälen der Zentralkomitees der kommunistisch beherrschten Länder zu spüren war. Diese Männer, die seit Jahren eine verantwortungsvolle Arbeit auf den verschiedensten Gebieten des internationalen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens leisten, stellen sich die bange Frage, wie soll es eigentlich weitergehen.

Niemand vermag ihnen eine beruhigende Antwort zu geben, daß das, was hier im Laufe von fast fünf Wochen über die Bühne gegangen ist, nur ein böser Traum gewesen sei und daß sich morgen alles zum Bessern wenden wird. Hier neigt man dazu, pessimistische Hypothesen aufzustellen.

Auf dieser Session der UN wird sich kaum noch etwas grundsätzlich ändern. Nach den Wochen der Rededuelle scheint es zunächst so, daß es weder Sieger noch Besiegte gibt. Für alle drei Parteien des Westens, des Ostblocks und der Neutralisten, endeten die großen Attacken und die kleinen Vorstöße fast durchweg mit einem Unentschieden. Die Struktur der UN ist nicht aus den Fugen geraten, das organisatorische Bild bleibt einstweilen das alte. Chruschtschews Appell an die antikolonialen Ressentiments der Afro-Asiaten hat nicht den vollen Erfolg erzielt. Aber auch die Bemühungen des Westens, dieser 15. Generalversammlung der Vereinigten Nationen einen würdigen Rahmen zu geben, sind an der Obstruktion des Ostblocks gescheitert. Auch manche Neutralisten, die mit überspannten Erwartungen nach New York kamen, sind heute tief enttäuscht.

Bei allen Beteiligten scheint jetzt eine trübe Stimmung zu herrschen. Auch in den Ostblockdelegationen ist man ein wenig kleinlaut geworden, weil man allmählich festgestellt hatte, wieviel Porzellan Chruschtschew zerschlagen hat. Für manche Politiker wird diese Tagung sehr lehrreich gewesen sein. Die westlichen Staatsmänner werden, so will man hoffen, konstatieren müssen, daß man sich auf solche Ereignisse, wie diese 15. Session der UN besser und gründlicher vorbereiten muß. Die zweite Schlußfolgerung, die für den Westen gilt, ist die, daß man sich um eine intensivere Koordinierung der Zusammenarbeit in den eigenen Reihen bemühen müßte, statt die Geschehnisse unvorbereitet an sich herankommen zu lassen.

Auch im Sekretariat der UN hat man anscheinend dem Aufmarsch der Prominenz aus dem Ostblock ursprünglich nicht die nötige Aufmerksamkeit gewidmet. Zweifellos sind auch die Ostblockdelegationen über die aktuell gesehen mageren Ergebnisse der draufgängerischen Taktik Chruschtschews enttäuscht. Aber es wäre falsch, anzunehmen, daß damit bessere Aussichten für eine konstruktive Arbeit der UN entstehen könnte. Der erste Mißerfolg wird den sowjetischen Diktator von dem Gedanken einer schrittweisen Umwandlung der UN in ein Instrument der gegen den Westen gerichteten Offensive nicht abbringen. Wir sind erst an der Schwelle einer langfristigen Politik Moskaus, die darauf gerichtet ist, den bisher auf den

anderen Feldern geführten Propagandakampf in die Vereinigten Nationen zu verpflanzen.

Man hört aus den kommunistischen Kreisen im UN-Hauptquartier, daß Chruschtschew ein langfristiges Programm ins Auge gefaßt habe und der Kampf um den «Universalismus» der Vereinigten Nationen, um die Änderung der Struktur ihrer Organe und um die Behandlung der wichtigsten weltpolitischen Probleme vor diesem Forum erst im Anfangsstadium begriffen sei. Der Sowjetführer spekuliert offenbar darauf, daß die Basis des westlichen Lagers in den Vereinigten Nationen von Jahr zu Jahr parallel zu der Neuaufnahme der ehemaligen Kolonien schwinden wird und die Sowjetunion auf eine wachsende Unterstützung seitens der Neutralisten rechnen kann. Ferner rechnet der rote Zar damit, daß ein Nervenkrieg in den Vereinigten Nationen die westlichen Diplomaten zermürben wird und sie dann, einem doppelten Druck seitens des Ostblocks und der Neutralisten ausgesetzt, sich mehr und mehr in die Defensive zurückziehen werden. Aus all dem muß man zu der pessimistischen Auffassung gelangen, daß die wilde Schlacht am East River im Herbst 1960 nicht in die Geschichte der Vereinigten Nationen als die erste und letzte, sondern nur als die erste eingehen wird, der neue ähnliche Manöver auf jeder späteren Tagung folgen werden.

Chruschtschews Auftreten

Der furiose Pariser Auftritt Chruschtschews im letzten Mai war im Vergleich mit dem, was sich in New York abspielte, ein Kinderspiel. In den letzten drei Tagen seines Aufenthaltes in New York hat sich der Sowjetdiktator eines Vokabulars bedient, das man in der Sowjetunion jahrelang im Rahmen einer Sonderkampagne mit administrativen Mitteln bekämpfte, weil das den Fortschritt der Kultur der Sowjetmenschen hemmte. Er rief den verdutzten Delegierten zu, sie sollten sich in einen gewissen Körperteil kneifen, um aufzuwachen, wenn er redet. Er drohte dem vornehmen britischen Delegierten mit der geballten Faust und rief dabei: «Du, ich könnte Dich. . . »; der wahrscheinlich saftige Rest war unverständlich für die Dolmetscher und Zuhörer. Er verstieg sich in der Polemik gegen den Franzosen Jules Moch zu Behauptungen, die den Abgesandten Frankreichs als Lügner hinstellen sollten.

Der Clou kam dann, als der philippinische Delegierte Lorenzo Sumolong mit einer großen Suade und ohne jegliche Anpöbeleien an das Schicksal Osteuropas erinnerte und vor einer einseitigen Behandlung der Kolonialfrage warnen wollte. In diesem Augenblick verlor Chruschtschew völlig die Fassung und bereicherte die moderne Diplomatie mit dem zum Wurf von seinen Füßen gezogenen Schuh. Er schrie den philippinischen Delegierten mit dem russischen Ausdruck «choluj» des amerikanischen Imperialismus nieder, was dann nach einem längeren Zögern von den Dolmetschern der UN als «Lakai» unzulänglich übersetzt wurde — in Wirklichkeit heißt es, wenn man es vornehm übersetzen will — Speichellekker. Der philippinische Senator hat sich dem Sowjetdiktator am nächsten Tag würdig revanchiert, indem er unter tosendem Beifall erklärte, er könne mit Chruschtschew in sprachlicher Hinsicht in keinen Wettbewerb treten, weil er in der Beherrschung der Gossensprache nicht so bewandert sei. Zum erstenmal wurde Chruschtschew deutlich verlegen und redete sich auf billige Weise mit der witzigen Bemerkung heraus, der Philippine sei noch ein junger Mann und jedes Gemüse brauche seine Reifezeit.

Manches hat Chruschtschew bei seinem Auftreten absichtlich gespielt. Manches, und das ist bei weitem ein gefährlicherer Zug in seinem Charakter, war nichts als ein Wutausbruch eines rasenden Diktators, der keinen Widerspruch duldet und alles nach seiner Façon in der ganzen Welt umkrempeln möchte. Gerade dieser Zug macht den einsichtigen Beobachtern im UN-Saal auch jetzt, nachdem Chruschtschew nach Moskau abgereist ist, schwere Sorgen um die Zukunft der Vereinigten Nationen und darüber hinaus um die Zukunft der Welt.

Die Taktik des Ostblocks

Die Sowjets sind diesmal mit einer Delegation von 133 Mann erschienen. Die Verei-

nigten Staaten von Amerika begnügten sich mit einer Zehn-Mann-Abordnung. Unter den Satelliten sind die Ungarn bis zur Abreise Kadars mit 34 Mann am stärksten vertreten gewesen und Albanien mit 14 Mann am schwächsten. Zusammen haben die Satelliten 152 Funktionäre und Diplomaten nach New York entsandt.

Von Anfang an spürte man, daß die ganze Ostblockgefolgschaft von der eisernen Hand Chruschtschews geführt wird. Jeden Tag wurden kurze Arbeitsbesprechungen abgehalten und die politische Strategie für die Tagung entworfen, die Rollen verteilt, die Akzente vereinbart. Nur die polnische Delegation vermochte sich eine relative Autonomie, allerdings nur in den äußeren Formen, jedoch nicht in der Substanz, zu sichern. Aber das war ein Sonderfall, der mit dem delikaten Problem der Dollar-Hilfe der Vereinigten Staaten für Gomulka zusammenhängt und zum Teil durch die Rücksicht auf die Millionen der Amerika-Polen beachtet wurde. Die Autorität Chruschtschews blieb die ganze Zeit unangetastet. Sein Wort hat die Stärke eines unwiderruflichen Verdikts. Kein Diplomat aus der sowjetischen Delegation oder aus den Stallitenstaaten kann sich ein Veto erlauben. Die ärmsten Teufel sind die Delegierten aus den beiden Kolonien Moskaus, aus der Ukraine und aus Weißruthenien, die ihren Sonderstatus in den Vereinigten Nationen mit der sklavischen Treue gegenüber der herrschenden Delegation der Zentralregierung aus Moskau derart bekundeten, daß es sogar manchem Asiaten und Afrikaner peinlich war, diesen Szenen des Kadavergehorsams beizuwohnen. Manchen von ihnen sind dabei die Augen über die tatsächliche Lage der von Chruschtschew gepriesenen Gleichberechtigung der Völker in der UdSSR aufgegangen.

Als ein Novum in der Durchdringung des sowjetischen Einflusses in den Satellitenstaaten muß die Tatsache angeführt werden, daß im Unterschied zu den früheren Sessionen, in denen die meisten Sprecher der Satellitenstaaten sich noch der westlichen Sprachen bedienten, diesmal mit wenigen Ausnahmen ihre Reden in Russisch halten. Oft ist es, wie im Fall des tschechischen Außenministers David, ein schauderhaftes Russisch, bei dem sich die Sowjets humorvolle Blicke zuwerfen; aber man bleibt bei der neuen Methode. Die Abstimmungsmaschine des Ostblocks hat bisher stets einwandfrei funktioniert. Nur einmal tanzten die Albaner aus der Reihe. Sicherlich war das nur ein Regiefehler, weil sie als erste ihr Votum abgeben mußten und durch eine Stimmenthaltung der Sowjetunion bei der vorherigen Abstimmung desorientiert waren. Man hat in den westlichen Delegationen herzlich darüber gelacht, aber Chruschtschew soll angeblich in der darauffolgenden Besprechung nicht gescherzt haben. Der albanische Ministerpräsident Mehmet Shehu verließ die Besprechung der Ostblockstaaten mit einem roten Kopf und traurigem Blick. Angeblich soll ihm Chruschtschew eine bewußte Sabotage im Auftrag der «Dogmatiker» vorgeworfen haben.

Das Versagen des Westens

In der Kolonialfrage hat Chruschtschew einen großen Erfolg errungen. Er trat als Anwalt der farbigen Völker auf und erntete dafür bei den meisten Delegierten aus Afrika und Asien einen stürmischen Beifall. Dabei bediente er sich ausgiebig der Beispiele aus dem eigenen Imperium, das er dem unkundigen Publikum als ein Paradies der Eintracht der Völker darstellte. Chruschtschew hat sich dabei die mittelasiatischen Republiken der Sowjetunion Kasachstan, Usbekistan, Kirgisien, Tadschikistan und Turkmenistan ausgewählt, um an Hand der Beispiele über den angeblichen materiellen und politischen Fortschritt der asiatischen Völker der UdSSR einen großen Eindruck auf die Hörer zu machen.

Allerdings protzte er wie üblich mit den materiellen Beispielen, aber diese Methode, die bei den westlichen Politikern ein Achselzucken hervorruft, ist bei den Abgesandten der Entwicklungsländer gar nicht so abwegig. Wenn Chruschtschew ihnen erzählt, daß in Kasachstan heute mehr Elektroenergie als in Italien produziert wird und dann die Zahlen anführt, aus denen hervorgeht, daß in den mittelasiatischen Republiken mehr Ingenieure

als in Frankreich oder in der Bundesrepublik jährlich die Hochschulen verlassen, so bleibt das nicht ohne Eindruck.

Man soll dabei bedenken, daß Chruschtschew mit seiner antikolonialen Rede in New York nicht nur die dort versammelten Politiker aus Afrika und Asien faszinieren wollte. Diese Rede wurde vielmehr an die afro-asiatischen Völker gehalten, und ihre Nachwirkungen sind nicht nur auf den heutigen Tag bemessen worden.

Leider muß man auf Grund der Gespräche mit den hier in New York versammelten Diplomaten der afro-asiatischen Länder mit allem Nachdruck feststellen, daß sie über die tatsächliche Lage der nichtrussischen Völker der Sowjetunion nicht die geringsten Kenntnisse besitzen. Man kann ihnen daraus keinen Vorwurf machen, denn das trifft vielmehr den Westen, der jahrzehntelang entweder aus purer Angst um die eigenen Kolonien den sowjetischen Kolonialismus verschwieg oder dieses Problem für derart nebensächlich hielt, daß die jungen Studenten aus den afro-asiatischen Ländern, die in London, Paris oder woanders studierten und heute die Geschicke der jungen Staaten bestimmen, über die nationale Unterdrückung in der Sowjetunion buchstäblich nichts erfahren haben.

Aber auch auf dieser Session hat der Westen die von Chruschtschew groß aufgezogene Propaganda in dieser Frage nicht mit dem nötigen Ernst pariert. Nur der kanadische Ministerpräsident Diefenbaker, der australische Regierungschef Menzies und der philippinische Delegierte Sumolong haben den sowjetischen Kolonialismus angeprangert. Aber sie haben das, wenn man sich diese Feststellung erlauben darf, sehr dillettantisch getan. Ihrer Feststellung hätten gut fundierte Angaben folgen müssen, die man auch aus den offiziellen sowjetischen Quellen sich bei Gott hätte ohne Mühe beschaffen können.

Alexander Korab

CHRUSCHTSCHEW IM OSTBLOCK NICHT «UNFEHLBAR»

Seit dem polternden Auftritt Chruschtschews in Paris, der in New York brutale und unflätige Formen annahm, rätseln Politiker und Journalisten erneut über Charakter und Politik des ersten Mannes im Kreml. Viele Spekulationen werden an sein oft unverständliches Verhalten geknüpft. Man spricht vom Zwang irgendeiner «geheimnisvollen Gruppe», vom Druck Pekings und sogar davon, daß Chruschtschew einen Psychiater brauche. Vielleicht sind die Dinge aber wesentlich einfacher, vielleicht liegt die Erklärung einfach in der entscheidenden Wandlung, die sich seit Stalins Tod im Ostblock vollzogen hat.

Die vielgerühmte «monolithische Geschlossenheit» des kommunistischen Lagers in der Stalin-Ära beruhte im wesentlichen auf zwei Faktoren:

Auf der Fiktion des «Unfehlbarkeitsanspruchs» Stalins, der als alleiniger Interpret der marxistisch-leninistischen Lehre galt und darum auch autoritär über die jeweilige politische Linie entscheiden konnte.

Auf der Konzentration der absoluten Macht, ausgeübt durch die Herrschaft der Geheimpolizei, in der Hand Stalins.

Beide Faktoren waren in der Person eines Mannes vereinigt, der als Generalsekretär der führenden kommunistischen Partei der «Gralshüter» der marxistisch-leninistischen Lehre war und gleichzeitig den allmächtigen Machtapparat der Geheimpolizei beherrschte. Niemand hat die damalige Situation im Ostblock treffender charakterisiert als der heutige polnische Parteichef *Gomulka* bei seinem Machtantritt im «polnischen Oktober» des Jahres 1956:

«Der Personenkult, das ist ein bestimmtes System, das in der Sowjetunion herrschte und das in nahezu alle kommunistischen Parteien verpflanzt wurde. Das Wesen dieses Systems bestand darin, daß eine aus Einzelpersonen bestehende hierarchische Stufen-

leiter der Kulte geschaffen wurde. Im Block der sozialistischen Staaten stand auf der Spitze dieser hierarchischen Stufenleiter Stalin. Vor ihm neigten alle ihr Haupt, die die unteren Sprossen dieser Stufenleiter einnahmen. Ihr Haupt neigten nicht nur die Führer der KPdSU, sondern auch die Führer der anderen kommunistischen Parteien. Die letzteren saßen auf der zweiten Sprosse der Stufenleiter des Personenkults und hüllten sich wiederum in die Herrschaftsgewänder der Unfehlbarkeit und Weisheit.

Ihr Kult strahlte nur im Bereich ihrer Länder, wo sie auf der obersten Sprosse der Kultleiter ihres Landes standen. Diesen Kult könnte man nur als Widerschein, als ausgeliehenes Licht bezeichnen. Er leuchtete ähnlich wie der Mond. Und so setzte sich die Stufenleiter der Kulte von oben bis unten fort. Der Träger des Personenkults wußte über alles Bescheid, kannte alles und bestimmte alles in seinem Wirkungsbereich. Er war der klügste Mann, unabhängig davon, welche Bildung, welche Fähigkeiten und welche Vorzüge er hatte[1].»

So lange dieses von Gomulka so treffend charakterisierte System funktionierte, war die Festlegung der politischen Linie im Ostblock einfach. Stalin bestimmte sie und damit war sie tabu. Gegen diese autoritäre Entscheidung des «Unfehlbaren» gab es keinen Widerspruch, denn zufolge des Schicksals ehemals führender Kommunisten wußte jedermann nur allzu deutlich, daß auf den Opponenten nur das eine Los wartete: Verhaftung durch die von Stalin beherrschte Geheimpolizei. Auch diese Tatsache hat Gomulka treffend gekennzeichnet:

«Das System des Personenkults formte die Hirne der Menschen, formte das Denken der Parteifunktionäre. Die einen glaubten und waren überzeugt, daß der alleinige unfehlbare Interpret der marxistischen Wissenschaft und der einzige Mann, der den allein richtigen Weg zum Sozialismus weist, Stalin sei. Die anderen, selbst wenn sie Zweifel hegten, waren überzeugt, daß jeder Versuch einer öffentlichen Aussprache ihrer Gedanken nicht nur nichts ändert, sondern ihnen unangenehme Konsequenzen bringt.»

Diese Situation ist heute im Ostblock vorbei. Um das «jeden selbständigen Gedanken abwürgende System» (Gomulka) der Herrschaft der Geheimpolizei zu beseitigen und dadurch die Sicherheit ihres eigenen Lebens zu garantieren, haben die Erben Stalins Berija beseitigt und die Geheimpolizei einem überministeriellen Organ, dem «Komitee für Staatssicherheit», unterstellt.

Damit wurde aber die entscheidende Säule, auf der die vielgerühmte «monolithische Geschlossenheit» des Ostblocks beruhte, abgesägt. Die nun einsetzende Kritik an alten «Unfehlbarkeitsdogmen» führte zu einer gärenden Situation im Ostblock, die den «polnischen Oktober» und die ungarische Revolution gebar. Diese gärende Situation konnte zwar durch die gewaltsame Niederschlagung des ungarischen Aufstandes wieder eingedämmt werden, aber die Zeit des «unfehlbaren Alleinherrschers» ist im Ostblock unwiderruflich vorbei.

Chruschtschew kann sich in seiner Politik nicht auf ein «System der hierarchischen Stufenleiter der Kulte» stützen. Alle innenpolitischen Reformen nach Stalins Tod und auch seine außenpolitische Konzeption der Koexistenz in Verbindung mit dem wirtschaftlichen Wettbewerb mußten in harten Diskussionen durchgesetzt werden und unterliegen noch heute — wie die Differenzen mit Peking deutlich zeigen — einer ständigen Kritik.

Man erinnert sich, daß Chruschtschew im Juni 1957 von der Gruppe um Malenkow und Molotow beinahe aus dem Parteipräsidium hinausmanövriert worden wäre. Chruschtschew konnte zwar seine Ansichten durchsetzen, und dies hat seine Stellung zweifellos gefestigt. Er hat zwar seine Gegner aus den entscheidenden Parteigremien entfernt, aber sie leben noch. Und das gerade ist der wesentliche Unterschied zur Stalin-Ära.

[1] Rede von Wladyslaw Gomulka vor dem VIII. Plenum des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei vom 20. 10. 1956, abgedruckt im Pressedienst der Militärmission der Volksrepublik Polen beim alliierten Kontrollrat in Deutschland vom 2. 11. 1956 und in «Europa-Archiv» Nr. 22/23 von 1956, Seiten 9369ff.

In der Tatsache, daß Chruschtschew über die politische Linie nicht mehr mit der «Autorität des Unfehlbaren» entscheiden kann, liegt die eigentliche Ursache für die zunehmende Unbeständigkeit und Unberechenbarkeit der Moskauer Politik. Darin liegt sicher auch der Grund für das oft unberechenbare Auftreten Chruschtschews, für das Unstete und Sprunghafte seiner Politik.

Es ist eine müßige Frage, ob irgendeine bestimmte Gruppe einen Druck auf Chruschtschew ausübt. Daß es Differenzen im Ostblock gibt, ist jedenfalls nicht mehr zu leugnen, und das einfache Bestehen dieser Meinungsverschiedenheiten hat die «monolithische Geschlossenheit» des Ostblocks erschüttert. Abweichende Meinungen können heute nicht mehr einfach als «Konterrevolution» gebrandmarkt und durch die Vernichtung ihrer Vertreter «beseitigt» werden. Allein die Tatsache, daß es Meinungsverschiedenheiten in verschiedenen Fragen der Innen- und Außenpolitik gibt und Chruschtschew nicht wie Stalin in der Lage ist, diese Meinungsverschiedenheiten durch autoritäre Entscheidungen aus der Welt zu schaffen, sondern mit ihnen rechnen und auf sie Rücksicht nehmen muß, zwingt den Kremlchef zu einer Politik des unsteten Lavierens.

Hans-Georg Glaser

BRÜCKENSCHLAG ZWISCHEN DEN WESTEUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSBLÖCKEN

Westeuropa kann dem Diktator Sowjetrußlands für seine brutale Art, den kalten Krieg auf die Spitze zu treiben, in gewissem Sinne dankbar sein. Ohne eine derartige Pferdekur hätte es sich aus seiner Lethargie und der nationalistischen Verbohrtheit seiner Einzelstaaten noch lange nicht gelöst. Die bisher erstarrten Fronten zwischen den beiden Wirtschaftsblöcken im Westen unseres Erdteils geraten um so stärker in Bewegung, als auch die Erkenntnis an Boden gewinnt, daß «der kommunistische Osten für die westlichen Industriestaaten neben der militärischen zu einer immer ausgeprägteren wirtschaftlichen Bedrohung wird». Der soeben zitierte Satz stammt aus der Feder des St.-Galler Professors Dr. *Hans Bachmann* und befindet sich im Leitaufsatz mit dem aktuellen Titel: *Brückenschlag EWG-EFTA durch eine gegenseitige Zollsenkung;* mit diesem Artikel eröffnet das hier zur Besprechung bestimmte, im September 1960 herausgegebene Heft III der *Außenwirtschaft* vom Schweizerischen Institut für Außenwirtschafts- und Marktforschung an der Handels-Hochschule St. Gallen seine Neuerscheinung unter dem Generalmotto: «Brückenschlag EWG-EFTA». Namhafte Wirtschaftswissenschaftler haben ihre Beiträge zu dem für den Westen lebenswichtigen Thema beigesteuert.

Die Grundgedanken in der Arbeit von Professor Dr. Bachmann, die gewissermaßen den Wegweiser für die weiteren Abhandlungen darstellt, lassen sich in kurzem folgendermaßen zusammenfassen: Aus politischen und ökonomischen Gründen ist die Beseitigung der bestehenden Gegensätze zwischen den beiden neuen Staatengruppierungen für den Okzident ein vordringliches Problem. Radikalere Lösungen, wie der Beitritt der gesamten EWG zur EFTA oder, umgekehrt, der Anschluß der Kleinen Freihandelszone an den Gemeinsamen Markt, wollen Bachmann nicht realisierbar erscheinen. Darum gipfelt seine Darlegung in der Anregung (um mit seinen eigenen Worten zu sprechen): «die EWG reduziert ihren gemeinsamen Zolltarif, und die Mitgliedstaaten der EFTA ermäßigen ihre nationalen Zolltarife im Warenverkehr zwischen den 13 Ländern der beiden Organisationen auf 50%, besser noch auf 40% oder sogar auf 30% ihrer bisherigen Ansätze». Auch die Agrarerzeugnisse, dieser Stein des Anstoßes in den früheren Verhandlungen, wären in den Zollabbau einzubeziehen; ihre Ausklammerung — so meint

Bachmann — müßte unüberwindlichem Widerstand begegnen. Der erforderliche Schutz der nationalen Landwirtschaft wäre mit anderen Mitteln zu gewährleisten. Hinsichtlich der Auswirkungen seines Vorschlags auf die Außenwelt befürwortet Bachmann das gemeinsame Angebot der 6+7 = 13 Primärstaaten aus EWG und EFTA an die übrigen Länder, die zwischen ihnen verabredeten Zollsenkungen auch denen einzuräumen, wenn diese damit einverstanden sind, mittels der konditionellen Meistbegünstigung Reziprozität zu üben oder sich der Vereinbarung anzuschließen. Innerhalb des britischen Commonwealth könnte die allgemeine Zollsenkung zwischen EWG und EFTA die Verhältnisse unberührt lassen. Bachmann meint schließlich, daß sein Plan für die USA «vermutlich auf längere Zeit unannehmbar erscheinen würde, daß er ihnen aber moralisch wenig Grund zu offener Bekämpfung böte».

Es ist für die Objektivität der Herausgeber der «Außenwirtschaft» kennzeichnend, daß sie das Projekt Bachmann kompetenten Persönlichkeiten aus dem Bereiche der EWG zur Stellungnahme zugeleitet haben und deren kritische Äußerungen in Heft III der «Außenwirtschaft» veröffentlichen. Von ihnen teilt der Generaldirektor der Banca d'Italia, Dr. *Paolo Baffi*, mit Professor Bachmann die Sorge vor der politischen und wirtschaftlichen Bedrohung durch den Ostblock und die Erkenntnis der Notwendigkeit einer ökonomischen Integration des Westens. Aber er hält die Errichtung einer Präferenzzone, wie sie Bachmann vorschwebt, nicht für einen «nennenswerten Beitrag an die Konkurrenzfähigkeit Westeuropas»; auch bezweifelt er die Wahrscheinlichkeit der Zustimmung zu dem Projekt im GATT und empfiehlt statt dessen eine europäische Zollunion für Industrieprodukte. Der zweite der befragten maßgebenden Männer im Lager der EWG ist kein geringerer als der Präsident ihrer Kommission, Professor Dr. *Walter Hallstein;* er bringt in seiner Äußerung zunächst eine Schilderung von den bestehenden Plänen zur Überwindung der Differenzen im innereuropäischen Handel, um dann, gleichsam in einem Nebensatz, die Anregung von Bachmann als nicht «GATT-konform» (ein zünftiger Ausdruck der Handelspolitiker) von hoher Warte abzutun. Erst der dritte der interpellierten Sachverständigen, der Frankfurter Universitätsprofessor Dr. *Rudolf Meimberg* ist der einzige, der den Einfall von Bachmann als «einen gangbaren, ja vielleicht sogar den allein möglichen Weg» bewertet, «wie eine weiträumigere, insbesondere EWG und EFTA umfassende Wirtschaftsgemeinschaft in Europa verwirklicht werden kann». Er hat Verständnis für die Vorbehalte der EFTA-Länder gegen einen westeuropäischen Bundesstaat, glaubt indes, einem «lockeren, ausgeprägt föderalen Staatenbund» als den Interessen aller Beteiligten dienend das Wort reden zu sollen.

Der Schreiber der vorliegenden Zeilen hat während Jahrzehnten seines Lebens in vorderster Front des internationalen Kampfes um Handelsverträge gefochten; er ist infolgedessen vertraut mit der eigenartigen Atmosphäre, von der solche Auseinandersetzungen erfüllt sind, und kennt namentlich die argwöhnische Wachsamkeit der im Genusse der Meistbegünstigung stehenden Partei über die lückenlose Beachtung dieser vornehmsten handelspolitischen Klausel, er weiß von der international verbreiteten Abneigung gegen Vorzugszölle (Präferenzen), die immer wieder den Anlaß zu erbitterten Stellungskämpfen in erster Linie zwischen Großbritannien und seinen handelspolitischen Gegenspielern geboten haben. So sehr es auch jedem «guten Europäer» wider den Strich gehen muß, der durchdrungen ist von der Überzeugung, daß Westeuropa sich einen Handelskrieg seiner Staaten gegeneinander einfach nicht leisten darf, muß er sich doch zu der Einsicht durchringen, daß es der Bachmannschen Anregung nicht gelingen wird, «die Hürde des GATT» (um mit Hallstein zu reden) zu nehmen. Dies negative Urteil darf aber keineswegs dazu verleiten, die Hände resigniert in den Schoß zu legen. Die Zeit scheint reif dazu zu sein, das ehrgeizigste Ziel: *die europäische Zollunion* aufs Korn zu nehmen, wie sie von dem Präsidenten im Bundesverband der deutschen Industrie, *Fritz Berg*, auf dem schweizerischen Bankiertag in Interlaken am 10. September 1960 empfohlen worden ist; die Zollunion, die als

Begriff des Handelsvertragsrechtes sich seit eh und je internationaler Anerkennung erfreut. Um es in Wiederholung zu betonen: die Zeit für einen solchen Schritt dürfte gekommen sein, nachdem auch die britische Regierung jüngst wiederholt ein Bekenntnis zu Europa abgelegt hat.

Für ein umfassenderes Verständnis der in Rede stehenden Probleme sorgt Heft III/1960 der «Außenwirtschaft» auch mit einem Beitrag des Botschafters der Eidgenossenschaft bei der OEEC und EWG, Dr. *Soldati;* er beschäftigt sich mit dem «fonctionnement de la Communauté économique européenne» und erläutert dabei, wie sich in der täglichen Arbeit der EWG-Organe supranationale und einzelstaatliche Elemente und Kompetenzen fast untrennbar voneinander mischen. Ebenso dient die Betrachtung von Privatdozent Dr. *Francesco Kneschaurek* (St. Gallen) mit der Überschrift: «Der wirtschaftliche Wettlauf zwischen den Vereinigten Staaten und Sowjetrußland» einer Schärfung des Urteils über die ökonomische Lage in der heutigen Welt; der Aufsatz mündet unter Verwendung eines selten in dieser Reichhaltigkeit gebotenen statistischen Materials in der Feststellung, daß noch für Jahrzehnte ein Überholen des amerikanischen Wirtschaftspotentials durch die Russen nicht zu befürchten ist. Trotzdem dürfe die vom Osten drohende Gefahr nicht bagatellisiert werden; nicht nur die USA, sondern auch gleichermaßen die westeuropäischen Länder hätten alle Veranlassung zur Abwehr der sowjetischen Wirtschaftsoffensive.

Der Blick des Lesers möge weiter auf den Rechenschaftsbericht von Professor Dr. *Walther Hug* gelenkt werden, der als Vorsitzender des Geschäftsführenden Ausschusses über «die Tätigkeit des St.-Galler Instituts im Jahre 1959» orientiert; auch hier waren namentlich die Untersuchungen des Instituts zur europäischen wirtschaftlichen Integration wie diejenigen zum Außenhandel und zur Außenwirtschaftspolitik der Schweiz dazu angetan, manche Lücke in der Kenntnis der ökonomischen Evolution der Welt während dieses Jahres zu schließen. Die üblichen, jetzt nach Maß der turbulenten Entwicklung in der modernen Handelspolitik erschöpfender ausgefallenen Betrachtungen der Professoren Bachmann und *Boßhardt* zur Außenwirtschaftspolitik beenden das wertvolle Heft der «Außenwirtschaft»; auch sie bringen eine willkommene Bereicherung der Grundlagen für den *Brückenschlag EWG-EFTA.*

Hans Posse

DIE WIRTSCHAFTSVERBÄNDE UND DIE DEMOKRATISCHE STAATSORDNUNG

IX. Herbsttagung der Aktionsgemeinschaft Nationaler Wiederaufbau

In der zweiten Septemberwoche fand im traditionellen Parkhotel Gießbach ob dem Brienzersee die IX. Herbsttagung der Aktionsgemeinschaft Nationaler Wiederaufbau (Redressement National) statt, welche diesmal die Frage der Stellung der Wirtschaftsverbände in der demokratischen Staatsordnung zum Thema ihrer Diskussionen wählte. Gegen 70 Studenten von allen schweizerischen Hochschulen strömten zusammen, um in der Abgeschiedenheit des herbstlichen Gießbach mit Vertretern der Wissenschaft, Wirtschaft und Politik im offenen, kameradschaftlichen Gespräch die aktuelle Problematik des Verbandswesens zu erörtern.

In einem einleitenden Referat gab Dr. *E. Gruner*, Basel, einen historischen Aufriß über die Entwicklung der schweizerischen Wirtschaftsverbände. Die Hauptgründungen fallen in die Zeit von 1870 bis 1914, welche Dr. Gruner als *Gründungs- und Kampfperiode* bezeichnet. Ihr folgt von 1914—1939 die

Periode der Konsolidierung mit einem starken Anwachsen der Kartelle. Von Kampforganisationen werden die Verbände zu staatlich wünschbaren Trägern des Wirtschaftslebens und der Gesetzgebung. Die Periode endet mit dem Postulat der gesetzgeberischen Institutionalisierung der Verbände in Form der geplanten Allgemeinverbindlicherklärung von Verbandsbeschlüssen. Die Konsolidierungsperiode führt über in die Kriegswirtschaft, in welcher die Verbände als unersetzliche Stützen der notrechtlichen Wirtschaftsverwaltung zu einer nie geahnten Bedeutung aufsteigen. Der kriegswirtschaftlichen Glanzzeit folgt die *Periode des definitiven Einbaus der Verbände in den Staat*, gleichzeitig aber auch die *Zeitspanne der kritischen Auseinandersetzung mit dem Verbandswesen*. In zahlreichen gesetzgeberischen Erlassen werden die Wirtschaftsverbände zur Rechtsanwendung beigezogen (z. B. AHV, Uhrenstatut, Landwirtschaftsgesetz, Milchstatut). Gleichzeitig wird jedoch die Allgemeinverbindlicherklärung von Verbandsbeschlüssen abgelehnt, die zunehmende Einflußnahme der Verbände auf die Gesetzgebung kritisiert und das Postulat einer Kartellmißbrauchs-Gesetzgebung erhoben. Die gegenwärtige Zeit steht vor der Aufgabe, das Verbandswesen kritisch nach den positiven und negativen Auswirkungen zu sichten und entsprechend zu regeln.

In einem zweiten Referat analysierte Privatdozent Dr. *Dietrich Schindler* die durch die Wirtschaftsverbände bewirkten Veränderungen im Staatsgefüge. In einer einleitenden Tatbestandsaufnahme zeigte er die zunehmende Einflußnahme der Wirtschaftsverbände auf die gesetzgebende, die vollziehende und die richterliche Gewalt auf. Von Bedeutung ist insbesondere die erste. Der wachsenden Einflußnahme des Verbandswesens auf die Gesetzgebung steht verfassungsrechtlich nichts entgegen. Sie ist daher nicht normwidrig, wohl aber u. U. systemwidrig. Von 196 Nationalräten waren im Jahre 1959 35 vollamtliche Verbandssekretäre. Dazu kommen die indirekten Bindungen. Die Expertenkommissionen sind zu *Interessenkommissionen* geworden, in die nicht mehr nur fachkundige Personen als solche, sondern Verbände gewählt werden, und in welchen zudem mehr und mehr auch politische Hauptentscheidungen fallen. Die Expertenkommissionen lassen sich mit einer 3. Kammer des Parlamentes vergleichen. Hinzu kommt das Vernehmlassungsverfahren, das sich auf einen noch weiteren Kreis von Verbänden ausdehnt, und das häufig mehr quantitativ als qualitativ ausgewertet wird. Der Einfluß der Verbände auf die Gesetzgebung wird durch die Vielzahl der Parteien, das Wahlsystem sowie durch Referendum und Initiative begünstigt. Die mit dieser Einflußnahme verbundene Interessenpolitik verstärkt den Kompromißcharakter unserer Gesetzgebung. Es wird mehr berücksichtigt als regiert.

In einem zweiten Teil seines Referates erörterte Dr. Schindler die Gefahren dieser Entwicklung für die staatliche Autorität, die persönliche Freiheit, die Demokratie und den Föderalismus, um sodann in einem dritten Teil Reformmöglichkeiten zu erörtern. Als solche erwähnte er die postulierte Statuierung der Unvereinbarkeit eines Verbandssekretär-Postens mit einem Parlamentsmandat; die Änderung der Zusammensetzung der Expertenkommissionen, insbesondere in Richtung einer vermehrten Berücksichtigung der Wissenschaft; die Schaffung eines generellen wissenschaftlichen Konsultativorganes für die Gesetzgebung; die Einführung von Hearings nach amerikanischem Muster im Rahmen der Parlamentstätigkeit, wodurch sich das Vernehmlassungsverfahren ersetzen ließe und das Parlament gleichzeitig gegenüber den Verbänden wieder an Gewicht zu gewinnen vermöchte.

Dr. *K. Huber*, Generalsekretär des EVD, beleuchtete am andern Vormittag das Verbandsproblem aus dem Gesichtspunkt der eidgenössischen Verwaltung. Er warnte vor Verallgemeinerungen und wies darauf hin, daß das Problem übernationalen Charakters ist und künftig auch auf internationalem Gebiete Bedeutung erlangen wird. Solange der Staat sich um die Wirtschaft kümmern muß, ist die Mitwirkung der Wirtschaftsverbände unerläßlich. Sie gewährleistet Sachgemäßheit der staatlichen Wirtschaftspolitik und bildet gleichzeitig einen Damm gegen Staatsallmacht und übersteigerte staatliche Bürokra-

tie. Radikallösungen gegenüber dem Verbandswesen sind daher abzulehnen. Andererseits ist jedoch eine bessere Gewichtsverteilung zwischen den Verbänden und den verfassungsmäßigen Gesetzgebungs-Instanzen notwendig. Eine erste Therapie bietet die striktere Berücksichtigung des Grundsatzes, wonach der Staat nicht ohne Not in das Wirtschaftsgeschehen eingreifen sollte. Aber auch die Schaffung eines unabhängigen und bestqualifizierten Beamtenstaates wirkt gegen den Machteinfluß der Verbände. Dr. Huber erörterte anschließend aus der Sicht des Verwaltungspraktikers die Institute der Expertenkommission und der Vernehmlassung sowie verschiedene in Diskussion stehende Vorschläge zur Eindämmung des Verbandseinflusses auf die Gesetzgebung. Auf die Expertenkommissionen kann nicht verzichtet werden, auch nicht auf den Beizug der direkt Interessierten, die über die nötige praktische Sachkunde verfügen. Hingegen sollte bei der Bestellung der Expertenkommissionen größeres Gewicht als bisher auf unabhängige Persönlichkeiten sowie auf die Wissenschaft gelegt werden. Ein Gegengewicht gegen die interessierten Experten kann ferner durch Schaffung wissenschaftlicher Beiräte der Departemente und durch Veröffentlichung der Expertenberichte geschaffen werden. Ähnliches gilt für das Vernehmlassungsverfahren. Daneben ist aber auch der Verbandseinfluß beim *Gesetzesvollzug* zu beachten. Der Beizug der Verbände ist hier unerläßlich, doch sollten vermehrte Sicherungen zugunsten des Einzelnen, insbesondere zugunsten des Außenseiters eingebaut werden.

In einem *Gespräch am runden Tisch* unterhielten sich anschließend unter der Leitung von Dr. *E. Seiler*, Zürich, die Herren Dr. *R. Briner*, Sekretär des Zentralverbandes Schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen, Zürich, Staats- und Nationalrat Dr. *L. Guisan*, Lausanne, Dr. *K. Huber*, Bern, und PD Dr. *J. Werner* von der Universität Zürich. Der Staatsrat und Politiker wies darauf hin, daß der Einfluß der Verbände auf die Verwaltung wesentlich stärker ist als derjenige auf Parlament und Parteien. Eine engere Zusammenarbeit zwischen Parteien und Verbänden wäre sogar zu begrüßen. Der Wissenschafter unterstrich vor allem, daß der Beizug aller interessierten Verbände nicht notwendigerweise zu einem Interessenausgleich führe, indem nicht alle Interessierten organisiert seien (z. B. Rentner). Während Dr. R. Briner für ein Gleichgewicht zwischen Staatsgewalt und Verbänden plädierte und dasselbe in der Schweiz für gegeben betrachtete, wünschte Dr. J. Werner ein Übergewicht der Staatsgewalt, weil diese die persönlichen Freiheitsrechte besser zu verteidigen vermöge. Die Diskussion drehte sich in der Folge vornehmlich um die bereits in den Referaten erwähnten Vorschläge zur Therapie. Einig war man sich darin, daß die Einschränkung der wirtschaftspolitischen Tätigkeit des Staates auf das absolut Notwendige automatisch auch zu einer Eindämmung der Einflußnahme der Wirtschaftsverbände führt.

Nach diesem Gespräch teilten sich die Tagungsteilnehmer in 2 Diskussionsgruppen auf, um auf der wohlgebauten Grundlage der Referate einerseits die *rechtlichen* und andererseits die *wirtschaftspolitischen* Aspekte des Verhältnisses zwischen Wirtschaftsverbänden und Staatsgewalt zu erörtern. Es fehlte dabei nicht an der jugendlich-forschen Kritik gegenüber den Wirtschaftsverbänden, die vor allem aus dem Blickwinkel der Wahrung der persönlichen Freiheit erhoben wurde. Wie schon andere Jahre erwies sich jedoch das Problem als zu weitschichtig und die Zeit als allzu knapp, um in der Diskussion zu gültigen Ergebnissen gelangen zu können. Es blieb bei Streifzügen durch den Fragenkomplex und bei der Bewußtmachung der vorhandenen Problematik. Mit dieser Bewußtmachung hat jedoch die Tagung bereits ein wesentliches Anliegen erfüllt.

Der letzte Teil der Tagung war einer klärenden Aussprache über die Frage der Hochschulstipendien und Studiendarlehen gewidmet. Nachdem es vor einigen Monaten im Schoße des Verbandes der Schweizerischen Studentenschaften (VSS) über diese Frage zu einem offenen Bruch zwischen den deutschschweizerischen und einigen welschen Sektionen gekommen war, sollte ein Gespräch zwischen den beiden Lagern Ansatzpunkte zu einer Brücke schaffen. *Balz*

Hatt, Ehrenpräsident des VSS, vertrat den deutschschweizerischen Standpunkt. Dieser sieht als rasch zu verwirklichende Sofortlösung die Schaffung einer gesamtschweizerischen Darlehenskasse vor, die in Ergänzung der umfangreichen privaten, kantonalen und kommunalen Stipendien jedem Studenten, ohne Ansehen seines sozialen Hintergrundes, einen Rechtsanspruch auf ein Studiendarlehen bis zu Fr. 15 000.— gewähren soll. Dieser Lösung, welche jedem begabten jungen Schweizer die Tore zur Hochschule öffnet, andererseits aber nach schweizerischer Eigenart die Selbstverantwortlichkeit des Studenten und die Mitverantwortung der Eltern im Vordergrund behält, stellte *Henri Philippe Cart* als Wortführer der Studenten von Neuchâtel und Lausanne eine Stipendienordnung entgegen, deren Endziel das allgemeine staatliche Studentensalär und damit das Staatsstudententum ist. Bei dieser extremen Lösung war eine Brücke selbstverständlich nicht zu finden, und es blieb bei der Klärung der Standpunkte.

Nach zweitägiger intensiver Debatte, zwischen welcher auch die studentische Geselligkeit zum Zuge kam, konnte der Präsident der Aktionsgemeinschaft Nationaler Wiederaufbau, Dir. *C. Mumenthaler*, die jungen Gäste angereichert mit neuen Ideen und Anregungen in einen strahlenden Herbstnachmittag entlassen.

Hans Georg Lüchinger

DAS GENERATIONENPROBLEM

Unternehmertagung der reformierten Heimstätte Boldern

Das Generationenproblem hat zu allen Zeiten bestanden. Wenn es heute im Unternehmertum als besonders akut empfunden wird, so drückt sich darin die immer weitere Entfernung der modernen Wirtschaft von ihrer ursprünglichen natürlichen Grundlage, das heißt die Wandlung der «gemachten» landwirtschaftlichen in eine «machbare» industrielle Welt aus. In der letzteren versteht sich nichts mehr von selbst, am allerwenigsten die personelle Kontinuität eines Unternehmens. Diese bedarf vielmehr methodisch gepflegter Planung und Durchführung, eine Erkenntnis, die heute erfreulicherweise mehr und mehr erkannt und ernstgenommen wird.

Die Unternehmertagung auf Boldern stand diesmal vornehmlich im Zeichen der Mitarbeit der Teilnehmer. Dr. *H. J. Rinderknecht* hatte die Tagungsleitung an *J. Messikommer*, Zürich, übertragen und damit bereits ein praktisches Beispiel der Lösung des Generationenproblems geleistet. Die Ausführungen von Dr. *A. Ackermann*, Kilchberg, über «das Generationenproblem in den Unternehmen» waren vor allem als Grundlage für die abendliche Aussprache in kleinen Gruppen gedacht. Der Referent behandelte sein Thema im weiteren Rahmen der Nachwuchsproblematik überhaupt. Mit Ausnahme des landwirtschaftlichen und gewerblichen Sektors spielt heute die verwandtschaftliche Beziehung der Führungs- zur Nachwuchsgeneration eine immer weniger dominierende Rolle. Um so mehr Gewicht erhält die Frage nach der Eignung der Nachwuchskandidaten, nach deren Auswahl und Schulung. Die Eignungsfrage ist — ganz besonders in den höheren Führungsstufen — im Sinne des Vorrangs des Persönlichkeitscharakters und der allgemeinen Begabungen gegenüber dem Fachwissen und den Berufserfahrungen zu beantworten. Wissen und Erfahrungen können weitgehend nachträglich erworben werden.

Für den Einsatz des Nachwuchses im Betrieb ist die Tatsache bedeutungsvoll, daß sich der Bereich der rational erlernbaren Geschäftsleitungsfunktionen dank der Forschungen auf dem Gebiete der «wissenschaftlichen Betriebsführung» ständig weiter ausdehnt. In diesem Bereich können und sollen die Verantwortlichkeiten weitgehend und

frühzeitig an jüngere Führungskräfte delegiert werden. Nicht nur wahrt sich der Betrieb auf diese Weise den Anschluß an die neuesten technischen Errungenschaften, sondern vor allem werden an der Unternehmensspitze Kräfte frei für die Betreuung der zentralen Verantwortlichkeiten auf dem Gebiete der Menschenführung. «Der Wert eines Unternehmens liegt in den darin arbeitenden Menschen» (Nordhoff) — diese Betrachtungsweise unterscheidet sich grundsätzlich von der früheren, bei welcher das «Kapital» gegenüber dem sogenannten «Faktor Arbeit» spürbar den Vorrang einnahm.

Die Schulungsmethoden des Nachwuchses sind von Land zu Land und von Betrieb zu Betrieb verschieden. Hier müssen sich die Aufstiegskandidaten unprivilegiert von Hierarchiestufe zu Hierarchiestufe «nach oben kämpfen»; dort werden sie nach bestimmtem Plane periodisch in Kursen zusammengezogen. Immer wichtiger schließlich werden die eigentlichen Unternehmerschulen, die «Kronprinzenfarmen» (Schlenzka), welche oft direkt an das akademische Studium anschließen.

Überall gleichartig sind indessen die «menschlich-allzumenschlichen» Friktionen zwischen alter und junger Generation im Betrieb. Hinter der Sorge des Seniors um den Fortbestand seines Werkes verstecken sich nicht selten egoistischer Machtwille, mangelnde Vorstellungskraft für neue Entwicklungen oder Angst vor dem Offenbarwerden eigener Schwächen. Die Folge ist eine verhängnisvolle «Flucht in die eigene Leistung» in einem Zeitpunkt, da die Aufgabe gerade darin bestehen würde, *andere* zu Leistungen zu beflügeln. Solche Chefs sollten das Wort Laotses bedenken: «Herrscht ein ganz Großer, so weiß das Volk nur eben, daß jemand da ist.» — Der Junior anderseits steht in der Gefahr, die unwägbaren Dinge des Betriebes zu unterschätzen oder gar zu übersehen. (Änderungen am Arbeitsplatz oder die Zusammensetzung einer Arbeitsgruppe beispielsweise stellen nicht so sehr organisatorische, als vor allem psychologische Probleme.) Eine weitere jugendliche Schwäche liegt in der Ungeduld und dem Mangel an Durchhaltevermögen angesichts der Beharrungskraft der Tradition. Hier gilt es zu bedenken, daß nur jenes Neue Anspruch auf Geltung erheben darf, das sich am Widerstand des Bestehenden bewährt hat.

Einzelaspekte des Nachwuchsproblems bildeten den Gegenstand eines intensiven gruppenweisen Erfahrungsaustausches, dessen Ergebnisse anderntags im Plenum zur Diskussion gestellt wurden. Eine neuartige angelsächsische Schulungsmethode (group dynamics), die auch bereits in unserem Lande mit beachtlichem Erfolg praktiziert wird, begegnete besonders lebhaftem Interesse. Eine kleine Gruppe von Menschen wird während mindestens einer Woche ohne Vorbereitung und ohne spürbare Führung sich selbst überlassen. Die persönlichkeitsbildende Wirkung dieser «soziologischen Schockmethode», die den Teilnehmern ein schonungsloses Bild ihrer selbst im Spiegel der andern vermittelt, soll erstaunlich sein.

Als weitere wertvolle Erkenntnisse der Aussprache seien erwähnt:

— In stark mechanisierten Betrieben kann die Übergabe leitender Funktionen an Jüngere verhältnismäßig früh erfolgen. Das sollte Anlaß zu einer Funktionsteilung zwischen älterer (Koordinationsaufgaben) und jüngerer Generation (technische Aufgaben) sein.
— Das Kernproblem des Delegierens von Verantwortungen an die jüngere Generation besteht im echten Willen, dem Nachfolger helfen zu wollen. Dazu gehört die Bereitschaft, ein mehreres zu schenken, als man in der eigenen Jugend selbst empfangen durfte.
— Grundlegende Übereinstimmung in der unternehmerischen Zielsetzung ist bei allem Verständnis für die Eigenart des Nachfolgers unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche «Wachtablösung».

*

Bischof Dr. *F. Sigg*, Zürich, vermochte mit seinem im Zentrum der Tagung stehenden Vortrag «Nachwuchs bringt Krise und Segen» seine Zuhörer im Innersten zu ergreifen. Er legte seinen Betrachtungen zum Problem der Nachfolge einige markante Bibel-

stellen zugrunde. Wohl niemand konnte sich dem Erlebnis der Aussagekraft des Buches der Bücher in der ebenso tiefsinnigen wie lebensnahen Deutung des Referenten entziehen. Wir können im folgenden die Stationen dieser eindrücklichen Sinnbilderschau nur stichwortartig andeuten.

5. Mose 3, 27/8 schildert uns den erschütternden Moment, da der erfolgreiche Führer seines Volkes an der Schwelle des während 40 langen Jahren verfolgten Zieles die Kraft zur Einsicht entwickeln muß, nicht er selbst, sondern sein Nachfolger werde das begonnene Werk vollenden. Ihm selbst verbleibt die Pflicht, jenen Nachfolger mit Trost und Zuversicht zu erfüllen.

1. Samuel 3, 17/8 hält die spannungsgeladene Zwiesprache von Eli und Samuel fest, da der Sohn seinem Vater in rückhaltloser, aber taktvoller Offenheit sein nächtliches Gesicht: die göttliche Berufung zur Nachfolge, mitteilt — eine Botschaft, die der Vater in einsichtsvoller Ergebenheit annimmt.

In 1. Samuel 17, 38/40 begegnen wir dem jungen David, der die ihm angezogene Rüstung König Sauls weglegt, um in der ihm gemäßen Weise, nur mit Stein und Schleuder bewaffnet, zum Kampf gegen Goliath anzutreten. Der Panzer (zum Beispiel der «Panzer der Erfahrung») kann ein Hemmnis für die Entfaltung der jugendlichen Kräfte sein. Und ist er nicht oft die letzte, zerbrechliche Stütze für Menschen, deren Zeit abgelaufen ist, die diese Tatsache aber nicht wahrhaben wollen?

Gleichsam das Urbild einer Firmengeschichte wird in 1. Könige 11, 9/13 sichtbar. Salomo sieht den künftigen Zerfall seines Reiches kommen. Nicht er selbst zwar muß die Rechnung seines ausschweifenden Lebenswandels begleichen. Sein Werk aber wird nach seinem Tode unter seinem Nachfolger weitgehend zugrundegehen.

Das berühmte Christuswort an Petrus (Matthäus 16, 18) erschließt uns den Wesenskern richtiger Nachfolge-Erkürung: den Vertrauenskredit. Er wird nicht «gutgläubig», das heißt blindlings erteilt, sondern auf Grund der Fähigkeit, den «menschlichen Diamant» bereits im ungeschliffenen Zustande zu erkennen. Viele von uns sind reine «Kameramenschen» geworden, welche das oberflächliche Sehen (das «Testen») zwar in Vollendung beherrschen, von der Möglichkeit des in die Tiefe dringenden Schauens aber nicht mehr wissen.

*

Die Tagung klang aus mit einer gemeinsamen Betrachtung des Gleichnisses vom verlorenen Sohn unter Anleitung von Dr. H. J. Rinderknecht. Mit einer daraus entsprungenen wesentlichen Erkenntnis zum Generationenproblem sei dieser Bericht abgeschlossen:

Die ältere Generation kann die Lösung des Generationenkonfliktes zwar durch Einsichtslosigkeit vereiteln, nicht aber positiv herbeiführen. Von ihr wird Selbstlosigkeit gefordert. Die aktive Meisterung des Konfliktes liegt in der Verantwortung der jungen Generation.

Max Ulrich Rapold

MARBURGER RELIGIONSGESPRÄCH ÜBER DIE LETZTEN DINGE

In Marburg an der Lahn, wo einst die heilige Elisabeth unter Armen und Kranken segensreich wirkte und wo später Luther und Zwingli um *est* oder *significat* stritten, fand im September der zehnte *Internationale Kongreß für Religionsgeschichte* statt. Aus 29 Ländern waren etwa 520 Teilnehmer hergereist, darunter als besonderer Ehrengast der jüngere Bruder des japanischen Kaisers, Prinz Mikasa, Professor für altvorderasiatische Religionsgeschichte an der Universität Tokio. Mit der Unterbringung der vielen Leute im kleinen Marburg hatte der örtliche Organisationsausschuß unter Leitung von Professor Heiler und Frau Professor Schimmel alle Hände voll zu tun; in zahlreichen Gesprächen kam aber zum Ausdruck, daß sich die Gäste hier recht glücklich fühlten. Sehr wohltuend auf die allgemeine Kongreßatmosphäre, die nicht zuletzt vom freien Geist der

Marburger theologischen Fakultät mitbestimmt war, wirkte sich das Fehlen offizieller Delegationen aus bolschewistisch gelenkten Staaten aus, so daß uns end- und ergebnislose Diskussionen mit dem dialektischen Materialismus erspart blieben.

Die Vormittage der Kongreßwoche waren der Arbeit in den sieben Einzelsektionen vorbehalten; die Nachmittage brachten jeweils zwei «General Lectures» von allgemeinerem Interesse. Es lag wohl in der Natur der Sache, wenn gelegentlich die Grenze zwischen wissenschaftlichem Referat und Predigt nicht ganz eingehalten wurde, und zwar nicht nur von Angehörigen orientalischer Glaubensgemeinschaften. Andere Beiträge wiederum (zum Beispiel «Ideen zu einer Theologie der Religionsgeschichte» oder «Vom historischen Jesus zum kerygmatischen Christus») begnügten sich mit einer geschickten Formulierung trivialer Sachverhalte und wären besser in einer theologischen oder religionswissenschaftlichen Proseminarübung am Platz gewesen.

Die meisten Vorlesungen beschäftigten sich mit dem allgemeinen Kongreßthema, nämlich mit den Vorstellungen von Urzeit und Endzeit in den verschiedenen Religionsformen. Der Kongreß zeigte deutlich, daß das so leicht hingeworfene Wortpaar «Urzeit und Endzeit» keineswegs auf ein allgemeines Phänomen hinzielt, sondern daß die beiden Teilvorstellungen sich auch unabhängig voneinander entwickeln können. Mitten in diese ganze Fragestellung hinein führte der Beitrag von *Victor Maag* (Zürich) über «Eschatologie als Funktion des Geschichtserlebnisses». Es wurde gezeigt, daß innerhalb einer Kultur von seßhaften Ackerbauern kaum Endzeitvorstellungen lebendig sind; denn das Daseinsgefühl dieser Leute ist vom Erlebnis der zyklischen Wiederkehr geprägt. Diese Ordnung muß in der Urzeit einmal so gesetzt worden sein, und nun soll der Kosmos bleiben, was er auf Grund der Schöpfung ist. Der Wiedervollzug des Urzeitmythus im Ritual dient der Sicherung und Erhaltung der bestehenden Ordnung. So wies *E. O. James* (Oxford) in seiner General Lecture über «Eschatology and the cosmological problem in the religions of the Ancient Near East» darauf hin, daß in Ägypten, wo die alljährliche Wiederkehr der Nilüberschwemmung von so entscheidender Bedeutung war, ursprünglich neben den Berichten von Kosmogonie und Schöpfung sozusagen keine endzeitlichen Vorstellungen vorhanden waren, und *R. Werblowsky* (Jerusalem) nannte seine «Analysis of an American Indian rite» programmatisch: «Urzeit without Endzeit.» — Maag zeigte dann weiter, daß, im Gegensatz zu sedentären Stämmen, nomadisierende Viehzüchter ihr Dasein nicht als Zyklus, sondern als eigentliche Geschichte erleben: Erschöpfte Weidegebiete zwingen zur Wanderung nach neuem Lebensraum; es gibt ein Gestern, ein Heute und ein Morgen, von dem Hoffnung und Phantasie sich vorläufig ein Bild machen. Auf solchem Hintergrund gedeihen Endzeitvorstellungen; die iranische und wohl schon eine indogermanische Eschatologie ist auf einem derartigen Daseins-Erlebnis gewachsen. Der Nachweis von indogermanischen Endzeit-Vorstellungen wurde am Kongreß sogar von zwei Gelehrten zu liefern versucht. Wenn *V. Ström* (Uppsala) zeigte, wie sich eine ganze Anzahl von Motiven in gleicher Reihenfolge sowohl im iranischen Bundahischn als auch im Edda-Lied Völuspá findet, so mochte der Gedanke an Vermittlung iranischen Gedankengutes durch Skythen oder Hunnen an die Germanen auch noch erwogen werden. Aber wenn die Königsgenealogie im siebenten Buch der *Gesta Danorum* ihre nächste Parallele in der Geschichte der Kaurava und Pandava des indischen *Mahâbhârata* findet und die Schlacht bei Brávellir im genannten Werk des Saxo Grammaticus ihre Entsprechung in der Schlacht auf dem Felde Kurukshetra des indischen Epos hat, dann wird man mit *St. Wikander* (Uppsala) von ererbter indogermanischer Mythologie, der anscheinend eschatologische Züge nicht fehlten, sprechen dürfen. — Aber auch von den Gliedern eines seßhaften Volkes kann plötzlich eigentliche Geschichte erlebt werden; dann nämlich, wenn ein fremder Stamm in sein Gebiet einbricht. Jetzt gibt es auch für die Leute, denen bisher nur die zyklische Wiederkehr geläufig war, unversehens ein unwiederbringliches Gestern. Vielen primitiven Völkern erging

es so beim Einbruch der europäischen Kolonialmächte, und schon sehr bald entwickelten sich entsprechende, von bittern Emotionen gegen die Eindringlinge beherrschte Eschatologien und Messianismen. Wer vom allzu Aktuellen absehen möchte, sei an Vergleichbares im Judentum unter der Römerherrschaft erinnert. Auch im hellenistischen Ägypten haben sich geschichtliche Resignation und eschatologische Hoffnung miteinander verbunden; das zeigt jene ägyptische Erzählung aus dem 2. Jahrhundert v. Chr. von den Prophezeiungen eines Töpfers, die in griechischer Sprache auf Papyri überliefert ist und die von *L. Koenen* (Köln) in einem verbesserten Text vorgelegt wurde. In diesem «Töpferorakel» wird eine Unglückszeit und deren Ende prophezeit: «Dies wird am Ende aller Übel geschehen, wenn in Ägypten die Fremdlinge wie Blätter vom Baume herabfallen. Die Stadt der Gürtelträger (= Alexandria!) wird wegen der Ungerechtigkeiten, die sie Ägypten angetan haben, genau so verwüstet werden wie mein Töpferofen. Die dorthin verschleppten Götterbilder werden wieder nach Ägypten zurückkehren. Die Stadt am Meer wird ein Trockenplatz für die Fischer sein...» Das Heil wird von einem neuen König kommen; aber während im altägyptischen Thronbesteigungsritual der neue Pharao Garant für die neue Ordnung war, wird jetzt die Erneuerung erst mit dem Anbruch einer neuen Sothisperiode erwartet; denn die Prophetie steht nicht im Dienst der herrschenden Ptolemäer. Durch die Aufnahme solchen Prophezeiungsgutes ins *corpus Hermeticum* wurde es auch für die Apokalyptik der frühchristlichen Zeit bedeutsam.

Nur in loser Beziehung zum Hauptthema des Kongresses stand die mit größter Spannung aufgenommene allgemeine Vorlesung von *G. Scholem* (Jerusalem) über «die kryptojüdische Sekte der Dönme (= Konvertiten) oder Sabbatianer in der Türkei». Diese häretische Gruppe entstand, als der für den Messias gehaltene Kabbalist Sabbatai Zwi 1666 zum Islam übertrat. Mehrere hundert Familien in Saloniki vollzogen in der Folge den gleichen Übertritt und organisierten sich als geschlossene Sekte, die ein eigenartiges Doppelleben führte, nach außen als orthodoxe Muslim, nach innen als mystische Häresie innerhalb des Judentums. Über ihrem inneren Leben und ihrer religiösen Literatur lag seit je ein großes Dunkel, und auch die Versuche der türkischen Behörden, Nachforschungen über die Natur der Sekte anzustellen, mißlangen stets. Erst im Gefolge der Umsiedlung nach der kemalistischen Türkei (1925) machten sich Auflösungserscheinungen bemerkbar, so daß nun neuerdings in Israel einige Handschriften in spaniolischer, hebräischer oder türkischer Sprache aufgetaucht sind, die zum ersten Male genaue Einblicke in die religiösen Vorstellungen der Dönme erlauben. Überraschenderweise ist das synkretistische Element bei diesen scheinbaren Mohammedanern äußerst schwach; es liegen wohl häretische, aber doch rein jüdische Gedankenentwicklungen vor, mit deutlich antinomistisch-libertinistischen Tendenzen. Die Existenz orgiastischer Rituale steht außer Zweifel. Noch besteht dieses hochmerkwürdige Phänomen der jüdischen Religionsgeschichte in aller Abgeschiedenheit weiter, und die erst kürzlich erfolgte Publikation sabbatianischer Manuskripte in Israel wird von den Angehörigen der Sekte dahin verstanden, daß ihre Lehre nun sogar in israelischen Universitätskreisen Anhänger gefunden habe.

Aus dem reichhaltigen Kranz der nicht speziell wissenschaftlichen Veranstaltungen, angefangen mit der redereichen Eröffnungsfeier im großen Rittersaal des Landgrafenschlosses und abgeschlossen durch einen Abend für die Bevölkerung von Marburg mit Ansprachen orientalischer Gelehrter, verdient der Herz und Geist gleichermaßen erfrischende Abend mit der indischen Tänzerin *Minati Das* besondere Erwähnung. Die mit geschickten Erläuterungen verbundene Vorführung klassischer Sakraltänze war zugleich ästhetischer Genuß und exemplarische Einführung in das Wesen indischer Kunst überhaupt. — Eine willkommene Unterbrechung der Kongreßarbeit bildete außerdem in der Wochenmitte ein gemeinsam unternommener Ausflug nach der ehrwürdigen Bonifaziusstadt Fulda.

Rudolf Werner

Nach Abschluß der Debatten des Nationalrates lief in den Kinos unseres Landes der bemerkenswerte Kurzfilm:

Operation Schweiz,

der in knappen, eindrucksvollen Szenen mahnt, nach wie vor eine starke Landesverteidigung aufrechtzuerhalten. Der Film zeigt, wie ein machthungriger Nachbar während des zweiten Weltkrieges einen Angriff auf die Schweiz plante, ihn aber nicht durchführte, weil er angesichts unserer Widerstandskraft zu große Mittel erfordert hätte, die ohne Schwächung anderer Fronten nicht freigemacht werden konnten. Der Film mahnt uns, unsere militärische Landesverteidigung stets auf einer Höhe zu halten, die ausländische Beobachter beeindruckt und auch in einem zukünftigen Krieg zum Schluß führt, daß eine «Operation Schweiz» zu kostspielig wäre. Damit zeigt der Film auch eindringlich, um was es letzten Endes bei den Debatten des Nationalrates über die Wehrvorlagen ging. Erfreulicherweise waren sich denn auch, mit Ausnahme der Kommunisten, alle Parteien und Gruppen über dieses Ziel einig. Unterschiedlich waren lediglich die Meinungen und Auffassungen über Art und Weise der notwendigen Anpassung unserer Armee an die Erfordernisse einer neuzeitlichen Kriegführung.

Was nicht zur Diskussion stand

Nicht zur Diskussion stand der Wehrwille unseres Volkes, die unerschütterliche Entschlossenheit, den Boden der Heimat zu schützen, jeden Angriff auf unsere Unabhängigkeit abzuwehren und lieber ehrenvoll unterzugehen als in Sklaverei zu leben. Es ist bezeichnend, daß diese Grundhaltung in keiner Weise in Frage gestellt, wohl aber durch die Betonung der geistigen Landesverteidigung und durch die Schaffung eines Dienstzweiges «Heer und Haus» unterstrichen wurde. Bundesrat Chaudet konnte denn auch am 5. Oktober in einer Sendung von Radio Bern feststellen:

> «Die Abstimmung über den Nichteintretensantrag, der nur 3 Stimmen auf sich vereinigte, zeigt, daß der Wille zur Stärkung der Landesverteidigung grundsätzlich und von den wenigen notorischen Ausnahmen abgesehen überhaupt nicht zur Diskussion stand. Es gehörte zu den Besonderheiten dieser mit Leidenschaft geführten und von der Öffentlichkeit mit außergewöhnlichem Interesse verfolgten Debatte, daß die Gegner des bundesrätlichen Projektes sich nicht etwa gegen eine Verstärkung der Armee gewendet haben, sondern glaubten, diese Verstärkung auf ihre Weise besser verwirklichen zu können[1].»

Trotzdem Vorlagen und Diskussion fälschlicherweise das Stichwort «Armeereform» trugen, standen weder die allgemeine Wehrpflicht noch das überlieferte Milizsystem zur Diskussion. Die vom Nationalrat beschlossene «Reform» berührt die Grundlagen unserer Armee in keiner Weise, sondern beschränkt sich im wesentlichen auf drei Punkte: die Herabsetzung der Wehrpflicht um zehn Jahre (20. bis 50. Altersjahr) mit entsprechender Verjüngung der Heeresklassen, eine neue Organisation des Heeres (Truppenordnung) und eine bescheidene Verlängerung von Instruktionsdiensten.

Die «Silser Armee» — ein Kompromiß

Während die Verjüngung der Armee durch Herabsetzung der Wehrpflicht auf 31 Jahre allgemeine Zustimmung fand, ereiferten sich die Geister an den Problemen der Heeresorganisation, bei denen sich aus den verschiedenartigsten Gründen und Kreisen eine Opposition gegen die Vorlage des Bundesrates geltend machte.

Der Beschluß des Nationalrates ist ein Kompromiß zwischen den Anträgen des Bundesrates und den Auffassungen der Opposition. In der Grundkonzeption folgte der Nationalrat mehrheitlich dem Bundesrat in der Schaffung einer beweglichen Armee mit 3 mechanisierten Divisionen, die den Kampf sowohl in der Defensive als auch in offensi-

ven Gegenstößen führen kann und damit einem künftigen Oberbefehlshaber der Armee die Freiheit des Handelns offen läßt. Folgerichtig widersetzte sich der Rat auch der vom Bundesrat vorgesehenen erneuten Herabsetzung der Flugwaffe von 400 auf 300 Flugzeugen. Anderseits war die Auffassung unserer Armee als einer vorwiegenden Infanteriearmee insofern erfolgreich, als sich der Nationalrat jeder Auflösung von Füsilierbataillonen widersetzte und die Zahl von 121 Füsilier- und Schützenbataillonen des Auszuges unverändert beibehielt. Ebenso widersetzte sich der Rat der Aufhebung der berittenen Kavallerie und beschloß lediglich deren Reduktion von 24 auf 18 Schwadronen. Bei diesen Beschlüssen wie auch bei der Beratung von Einzelfragen zeigte sich immer wieder eine starke, gefühlsbetonte Bindung der Volksvertreter an die Kavallerie wie auch an die Grenztruppen und den Territorialdienst. Es hängt mit unserem stark ausgeprägten Föderalismus zusammen, daß den ortsgebundenen Kampftruppen vielfach ein größeres Interesse entgegengebracht wird als den mobilen Kampftruppen, die in jedem Teil unseres Landes eingesetzt werden können. Das Ergebnis der Beratungen im Nationalrat entspricht im wesentlichen den Kommissionsberatungen in Sils-Maria. Merkmale dieser «Silser-Armee» sind einerseits drei «mechanisierte Divisionen», die freilich über bloß motorisierte Infanterie- und Artillerieregimenter verfügen, und anderseits eine erhebliche Verstärkung des Grenzschutzes, dessen Grenz- und Festungsbrigaden die bisherigen selbständigen Auszugsbataillone behalten, und der außerdem durch die Bezeichnung besonderer Grenzdivisionen verstärkt wird. Da auch das zukünftige Alpenkorps mit seinen drei Gebirgsdivisionen weitgehend ortsgebunden ist, verbleiben für die bewegliche Kampfführung im Mittelland drei Felddivisionen und die drei zukünftigen mechanisierten Divisionen.

Dieser Kompromißcharakter behagte vielen Mitgliedern des Nationalrates nicht, so daß zunächst ein Verschiebungsantrag nur mit dem knappen Mehr von 87 gegen 78 Stimmen verworfen wurde. In der Gesamtabstimmung erzielten die beiden Vorlagen mit den vorgenommenen Änderungen aber glücklicherweise eine Mehrheit von 103 und 105 gegen 12 und 5 Stimmen. Die Sozialdemokraten enthielten sich der Stimme und desavouierten in krasser Weise ihre beiden Vertreter im einstimmigen Bundesrat. Durch ein Pressecommuniqué stellten sie immerhin in Aussicht, daß eine positivere Stellungnahme bei der Schlußabstimmung nach der Beratung im Ständerat nicht ausgeschlossen sei. Die «Ostschweiz» übte scharfe Kritik an der «auffälligen Strategie der sozialdemokratischen Fraktion»[2] und der «Oberthurgauer» kritisierte, daß ein Dutzend Nationalräte gerade in der entscheidenden Sessionswoche nach Tokio an eine Tagung der Interparlamentarischen Union fliegen mußten. «Internationale Beziehungen und Gespräche in Ehren, aber in einem solchen Augenblick ist der Platz eines schweizerischen Nationalrats in Bern[3]!»

Die Kommissionsreferenten Furgler und Glasson verdienen für ihre überlegene und überzeugende Verteidigung der bundesrätlichen Vorlage ein besonderes Lob.

Der Kompromiß der Silser-Armee wird sich einerseits auf die Bestände der Armee auswirken und zur Folge haben, daß die Herabsetzung der Wehrpflicht und der Heeresklassen um etwa zwei Jahre verschoben werden muß. Anderseits dürfte er den vom Bundesrat gesetzten jährlichen finanziellen Rahmen von 1,2 Milliarden überschreiten. Aus der Besorgnis, der Bundesrat könnte vielleicht versuchen, die Auswirkungen der Silser-Armee durch eine bestandesmäßige «Aushöhlung» der Infanterie zu vermeiden, beharrte der Nationalrat auf der gesetzlichen Kompetenz der Bundesversammlung zur Festlegung der Sollbestände und lehnte leider jede Delegation dieser Befugnisse an den Bundesrat ab.

Heeresorganisation und Neutralität

Zwei Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion, der frühere Parteipräsident Dr. Hans Oprecht und der VPOD-Sekretär Max Arnold suchten gewisse Ausführungen in der Botschaft des Bundesrates zur Truppenordnung als eine Abkehr von unserer dauernden Neutralität darzustellen. Der freisinnige

Nationalrat Bürgi bezeichnete eine solche Interpretation der Botschaft nicht nur als unrichtig, sondern sogar als Unterschiebung und bestritt jeden Automatismus in der Entstehung eines Allianzverhältnisses.

> Selbstverständlich ergibt sich auch bei der Annahme der Möglichkeit eines Allianzverhältnisses aus kriegerischen Ereignissen keine Rückwirkungen auf den Neutralitätsstatus und die Neutralitätspolitik im Frieden.
>
> Im übrigen ist es durchaus unangebracht und verwerflich, gegen eine Anpassung unserer Landesverteidigung an die Erfordernisse der heutigen Kriegführung mit dem Argument Stellung zu nehmen, daß sich die Schweiz damit dem Verdacht aussetze, eine kleine NATO-Armee zu schaffen und eine Beziehung zur NATO herstellen zu wollen. Wenn wir einen solchen... künstlich gezüchteten Verdacht vermeiden wollten, dürften wir überhaupt keine moderne Armee haben, sondern müßten unsere Soldaten wieder mit Hellebarden und Morgensternen bewaffnen. Damit wäre dann freilich die schweizerische Eigenart vollkommen bewahrt!»[4]

Wenige Tage nach diesen Auseinandersetzungen über unsere Neutralität erfolgte ein Echo aus Moskau, wo der «Rote Stern», das Organ des russischen Verteidigungsministeriums in einem ungewöhnlich heftigen Angriff gegen die Schweiz behauptete, die Militarisierung der Schweiz entspringe der Absicht, das Land in das Fahrwasser der NATO zu ziehen. Der Inhalt der Vorlage über die Armeereform zeige klar, daß die Schweiz entgegen ihrer traditionellen Neutralität einen bestimmten Platz im Militärsystem des Westens einnehmen wolle. Die schweizerischen Truppen würden aufgerufen, im Kriegsfalle mit den Truppen der NATO zusammenzuarbeiten[5].

Bessere Ausbildung

Das Ausmaß der Diskussion um die neue Truppenordnung darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß Probleme der Heeresorganisation nicht primär entscheidend sind für den Kriegswert einer Armee. Maßgebend sind vielmehr Geist und Kampfwille der Armee, Härte und technische Beherrschung der vorhandenen Kampfmittel. Nach diesen wesentlichen Faktoren der Widerstandskraft kommt den Fragen der Heeresorganisation sekundäre Bedeutung zu. Und doch haben sich die Mitglieder des Nationalrates tagelang über die Truppenordnung ausgesprochen, während die neuen Ausbildungsartikel der Militärorganisation beinahe ohne Diskussion angenommen wurden. Dabei bedeuten diese Beschlüsse eine maßvolle Erweiterung der Instruktionsdienste. Die Rekrutenausbildung kann für Spezialisten mit besonderen technischen Ausbildungsbedürfnissen über das übliche Maß von 118 Tagen hinaus verlängert werden. Wiederholungskurspflicht (160 Tage) und Ergänzungskurspflicht (40 Tage) bleiben unverändert, trotz Reduktion der Heeresklassen. Um auch die Landsturmformationen periodisch zu Instruktionsdiensten heranzuziehen, kommen Landsturmkurse bis zu 13 Tagen neu hinzu. Die Kadervorkurse können für Offiziere auf 4, für Unteroffiziere auf 3 Tage verlängert werden. Schließlich wird die außerdienstliche Schießpflicht um zwei Jahre bis zum 42. Altersjahr ausgedehnt, so daß die gesamte neue Landwehr schießpflichtig wird. Alle diese Neuerungen, die eine bessere Ausbildung unserer Armee ermöglichen werden, sind ohne ein Wort der Kritik und ohne Abstimmung stillschweigend angenommen worden. Dieses erfreuliche Ergebnis der Armeedebatte mag das leise Mißbehagen über den Kompromißcharakter der «Silser-Armee» überwiegen. Wenn die Truppenordnung noch so viel Kritik fand und sich einige Änderungen gefallen lassen mußte: auf dem wesentlicheren Gebiet der Ausbildung hat der Nationalrat alle Anträge des Bundesrates stillschweigend angenommen. Das ist ihm hoch anzurechnen.

Miles

[1] NZZ, Nr. 3306 vom 6. 10. 60. [2] Ostschweiz, Nr. 456 vom 30. 9. 60. [3] Der Oberthurgauer, Nr. 230 vom 1.10.60. [4] Allgemeiner Anzeiger Rheineck, 1. 10. 60. [5] National-Zeitung, 5. 10. 60, Abendausgabe.